



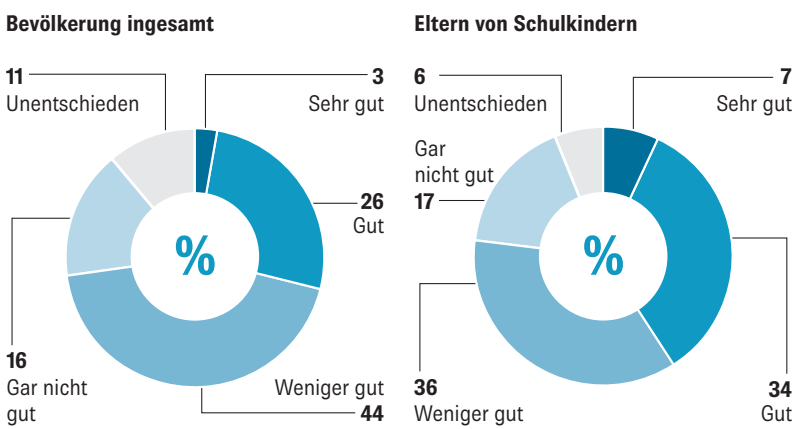
Ohne einen starken Automobilbereich – hier ein Blick in die Sindelfinger Produktion von Mercedes – sorgen sich die Menschen um den Wohlstand im Land.

BLD: IMAGO IMAGES/HANS-GÜNTHER OED

Angst um den Job wächst

Schulen bereiten nur unzureichend auf das Berufsleben vor

Wie ist der Eindruck: Wie gut werden die Kinder in den Schulen hier in Baden-Württemberg auf das Berufsleben vorbereitet?



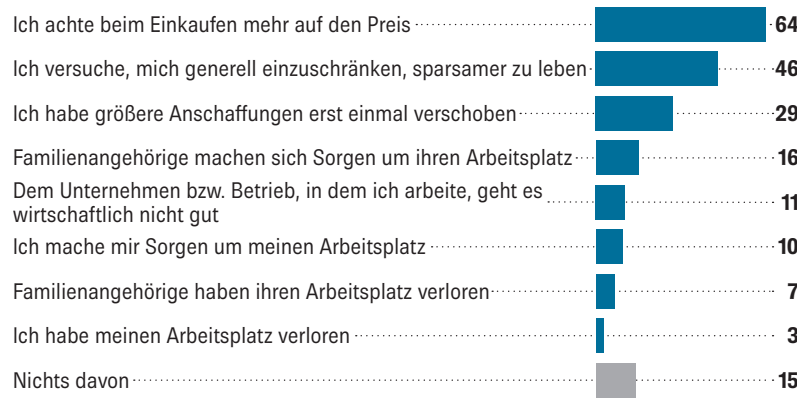
Quelle: Allensbacher Archiv, IFD-Umfragen 6195/1; Basis: Baden-Württemberg, Bevölkerung ab 16 Jahre

Die kritische Lage vor allem der Industrie führt zu deutlichen Einschränkungen bei einem Gutteil der Menschen in Baden-Württemberg. Geht im Land verloren, was es über Jahrzehnte starkgemacht hat? Viele Menschen sind in Sorge.

Von Matthias Schiermeyer

Auswirkungen der schlechten wirtschaftlichen Lage auf das eigene Leben

Wieweit spüren Sie selbst die Auswirkungen der schlechten wirtschaftlichen Lage? Welche der folgenden Punkte treffen auf Sie zu?



Quelle: Allensbacher Archiv, IFD-Umfrage 6195/1; Basis: Baden-Württemberg, Bevölkerung ab 16 Jahre

Angaben in Prozent

Über Jahrzehnte waren die Automobil- und Zulieferindustrie und der Maschinenbau die Garanten einer florierenden baden-württembergischen Wirtschaft. Wenn ausgerechnet in den einstigen Hochburgen der Stabilität im großen Stil Personalabbau betrieben wird, macht das was mit den Menschen. Ein erheblicher Teil sieht dahintrinken, was das Land starkgemacht hat.

Jeder kann verfolgen, wie Mercedes-Benz, Porsche sowie die Zulieferkonzerne Bosch, ZF & Co. ins Straucheln kommen. Am eindrücklichsten macht sich dies im neuen BaWü-Check der baden-württembergischen Tageszeitungen an der Frage fest, ob der Region Stuttgart ein Szenario droht wie der US-Autostadt Detroit (Michigan), sofern sich die Lage in der Automobilindustrie nicht verbessert – ein Niedergang auf ganzer Linie nämlich. Bemerkenswerte 45 Prozent halten dies für möglich, wie das Institut für Demoskopie Allensbach feststellt. Lediglich knapp jeder Dritte hält dies für zu pessimistisch.

Entsprechend zeigen sich 57 Prozent der Befragten über die Lage der Automobilindustrie stark oder sehr stark beunruhigt. Unter denjenigen Beschäftigten, die die Sicherheit des eigenen Arbeitsplatzes im Blick haben, geben sogar 71 Prozent an, dass

sie stark oder sehr stark beunruhigt sind.

„Wer eine negative Bilanz der eigenen wirtschaftlichen Lage zieht, der bewertet auch die wirtschaftliche Lage des Landes negativer, als das der Durchschnitt der Bevölkerung tut“, sagt die Geschäftsführerin des Allensbacher Instituts, Renate Köcher. Insofern lässt sich auch ein erstaunlicher Wandel im Meinungsbild der Baden-Württemberger erkennen: Vormalig zeigte die Mehrheit der Bevölkerung zwar besorgt, aber kaum persönlich von der Krise betroffen. Nun hat sich der Kreis derer, die Konsequenzen für ihren Arbeitsplatz fürchten, deutlich vergrößert.

Der Stimmungswandel führt zu einem veränderten Konsumverhalten. Zwei Drittel der Bevölkerung achten nach eigenen Angaben beim Einkaufen derzeit mehr auf den Preis als früher. Knapp jeder Zweite versucht, generell sparsamer zu leben, und fast jeder Dritte hat zuletzt größere Anschaffungen vorerst verschoben.

Auch die Probleme des Arbeitsmarktes rücken näher an die Bevölkerung heran: 16 Prozent wissen von Angehörigen zu berichten, die sich sehr stark beunruhigt um ihren Arbeitsplatz machen, weitere sieben Prozent haben Familienangehörige, die ihren Job bereits verloren haben. Jeder Zehnte

macht sich auch Sorgen um die Sicherheit des eigenen Arbeitsplatzes, unter den Berufstätigen sind es 15 Prozent. Drei Prozent haben ihren Arbeitsplatz bereits verloren. Köcher relativiert jedoch: Der Anteil der Erwerbstätigen, die um ihren Arbeitsplatz fürchten, sei deutlich niedriger als beispielsweise in der kritischen Phase nach der Jahrtausendwende, was trotz Wirtschaftslaute an einem noch relativ robusten Arbeitsmarkt liege.

Die Mehrheit der Arbeitnehmer wäre dennoch bereit, Einschränkungen für den Erhalt des eigenen Jobs in Kauf zu nehmen, falls er gefährdet wäre: So würde es knapp jeder zweite Arbeitnehmer akzeptieren, sich umschulen zu lassen oder eine Fortbildung zu machen, um den eigenen Arbeitsplatz zu erhalten. Jeweils 37 Prozent könnten sich vorstellen, ihre Arbeitszeiten zu verlängern oder

Kurzarbeit zu machen; knapp jeder Vierte wäre bereit, auf Urlaubstage zu verzichten. Eine Minderheit von neun Prozent hingegen würde Lohnkürzungen akzeptieren, um den eigenen Job zu erhalten. Und lediglich 15 Prozent der Arbeitnehmer wären gar nicht zu Zugeständnissen bereit.

Dass die Krise ins Bewusstsein eindringt, zeigt sich auch daran, dass der Kreis derer, die für die kommenden fünf Jahre mit Wohlstandseinbußen rechnen, kontinuierlich wächst. Aktuell befürchten schon 28 Prozent der Bevölkerung eine Verschlechterung ihrer materiellen Situation. In einer bundesweiten Befragung des Allensbacher Instituts im Mai lag der Anteil noch bei 16 Prozent, damit deutlich niedriger.

Vier Monate vor den Landtagswahlen im Südwesen überrascht nicht, dass das Wahlverhalten von der aktuellen Misere geprägt sein dürfte. 68 Prozent meinen, dass die Landesregierung mehr tun müsste, um den Wirtschaftsstandort zu stärken. Überdurchschnittlich sind die Anhänger von AfD und FDP davon überzeugt, unterdurchschnittlich die Anhänger von SPD, Grünen und Linken.

Wenn es generell um Wege in eine bessere Zukunft geht, wird stets das Bildungssystem genannt. Die Erwartungen sind hoch. An der Spitze der Forderungen, wofür sich ein Bildungspolitiker besonders einsetzen

sollte, stehen Integrationsmaßnahmen und eine bessere Vorbereitung auf das Berufsleben. 60 Prozent erwarten den Einsatz für verpflichtende Deutschkurse zugunsten von Schülerinnen und Schülern mit Sprachproblemen, 59 Prozent fordern, dass Kinder und Jugendliche in den Schulen mehr auf das Berufsleben vorbereitet werden, und 50 Prozent werben für die Sanierung maroder Schulbauten.

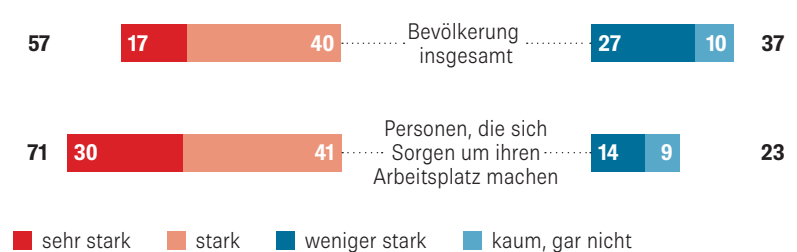
Knapp jeder Zweite sieht es als zentrale Aufgabe der Bildungspolitik an, für eine bessere digitale Ausstattung der Schulen sowie für weniger Stundenausfall zu sorgen. Vier von zehn Bürgern halten es zudem für besonders wichtig, dass der Wert von Ausbildungsberufen erhöht wird, damit sich mehr Schüler für eine Lehre entscheiden, ebenso viele wünschen sich kleinere Klassen. Auch die Förderung von leistungsschwächeren Schülern sowie die Integration von ausländischen Schülern halten viele für elementar.

Beim Übergang von der Schule in den Beruf hapert es offenkundig. Die große Mehrheit der Befragten hat den Eindruck, die Schulen im Südwesen würden unzureichend auf das Berufsleben vorbereiten: 60 Prozent sind davon überzeugt, dass die Kinder weniger oder gar nicht gut auf den Wechsel eingestimmt werden; lediglich 29 Prozent halten die Anstrengungen der Schulen in dieser Hinsicht für gut oder sehr gut.

Große Besorgnis über die Automobilindustrie in Baden-Württemberg

Die Automobilindustrie in Baden-Württemberg befindet sich ja derzeit in einer schwierigen wirtschaftlichen Lage. Wie sehr beunruhigt Sie die Lage der Automobilindustrie in Baden-Württemberg?

Die Lage der Automobilindustrie in Baden-Württemberg beunruhigt -



Quelle: Allensbacher Archiv, IFD-Umfrage 6195/1; Basis: Baden-Württemberg, Bevölkerung ab 16 Jahre

Angaben in Prozent

Druck auf Lehrkräfte?

Leistung von Lehrern: CDU will differenzierte Debatte.

Stuttgart. Nach Kritik an CDU-Plänen zu Sanktionen für Lehrkräfte mit mangelnder Leistungsbereitschaft fordert die Partei eine differenzierte Auseinandersetzung. Diese habe es rund um die Passage im Wahlprogramm bislang nicht gegeben, stattdessen hätten Akteure für Schlagzeilen ein Klischee über Lehrkräfte bespielt, sagte der bildungspolitische Sprecher der CDU-Fraktion, Andreas Sturm, im Landtag in Stuttgart.

Handlungsbedarf sieht Sturm bei der Verteilung der Arbeitszeit zwischen einzelnen Lehrkräften. Er zitierte eine Studie der Universität Göttingen, wonach die Streuung der wöchentlichen Arbeitszeit zwischen einzelnen Lehrkräften mit gleichem Deputat bei 14 Stunden liege. „Das heißt: Manche Lehrkräfte arbeiten sieben Stunden mehr, andere sieben Stunden weniger“, sagte Sturm. Die Ergebnisse der Studie stammen aus Berlin und Hamburg, die Zahlen seien aber vermutlich für Baden-Württemberg ähnlich.

Sturm zitierte aus der Studie, dass das System der Deputate zu großen individuellen Schwankungen führen könne, wenn Lehrkräfte zusätzliche Aufgaben übernehmen. Fragen der Fairness und Gleichbehandlung blieben demnach ungeklärt. Der Begriff Deputat beschreibt, wie viele Unterrichtsstunden eine Lehrkraft wöchentlich zu leisten hat. Neben dem Unterricht haben Lehrkräfte aber noch weitere Aufgaben wie die Korrektur von Arbeiten oder die Vorbereitung von Unterricht.

Darauf müsse man als Politik eine Antwort finden, sagte Sturm. Engagierte Lehrkräfte dürften nicht mehr ausbrennen, weil sie über ihre Belastungsgrenze gingen. Aus Sicht von Sturm braucht es deswegen eine Arbeitszeiterfassung für Lehrkräfte und Handlungsmöglichkeiten für Schulleiter. Zudem müssten Schulleiter auf Ungleichgewichte reagieren können.

lsw



Die Arbeitszeit von Lehrern endet nicht im Unterricht.

BLD: MARJAN MURAT

Schluss mit Papierbergen

Baden-Württemberg: Erstes Land mit digitaler Justiz.

Stuttgart. Kistenweise Aktenordner und endlose Zettelberge? In Baden-Württembergs Gerichten gehört das nun weitgehend der Vergangenheit an. Nach Angaben des Justizministeriums sind die letzten Amtsgerichte digital ausgestattet worden – und das Land schließt als erstes Bundesland die vollständige Einführung der elektronischen Akte ab.

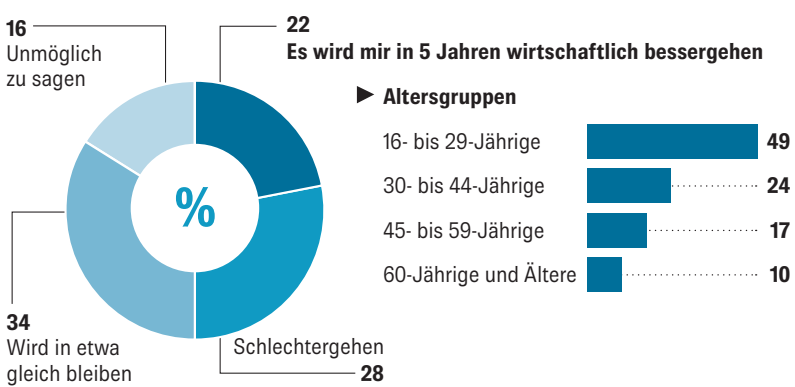
Was 2016 am Arbeitsgericht Stuttgart und Landgericht Mannheim begann, endet nun bei allen 108 Amtsgerichten, 17 Landgerichten, beiden Oberlandesgerichten, 17 Staatsanwaltschaften und 25 Fachgerichten. Nach Angaben des Ministeriums arbeiten künftig rund 11.000 Justizmitarbeiter mit elektronischen Akten. Bislang wurden mehr als 2,7 Millionen Verfahren bereits elektronisch geführt.

Baden-Württemberg ist zum 1. Januar 2026 zur digitalen Aktenführung verpflichtet. „Als erstes Bundesland können wir den vollständigen Abschluss vermelden“, sagte Justiz- und Migrationsministerin Marion Gentges (CDU). Für Bürger bedeutet das schnellere Verfahren, einfachere Akteneinsicht und weniger Wartezeiten.

dpa

Wohlstandseinbußen?

Glauben Sie, dass es Ihnen in fünf Jahren wirtschaftlich besser- oder schlechtergehen wird als heute?



Quelle: Allensbacher Archiv, IFD-Umfragen 6195/1; Basis: Baden-Württemberg, Bevölkerung ab 16 Jahre

BaWü-Check

Der BaWü-Check ist eine Umfrage der Tageszeitungen in Baden-Württemberg.

Sie wird im Auftrag der Tageszeitungen durch das Institut für Demoskopie Allensbach durchgeführt.

Im November/Dezember 2025 wurden in Baden-Württemberg 1021 Menschen in einem repräsentativen Querschnitt der baden-württembergischen Bevölkerung ab 18 Jahren befragt. Bei der Gewichtung orientierte man sich am Mikrozensus 2024 (Erstergebnisse).

Die für die Befragung ausgewählten Personen bekamen per E-Mail oder Push-Nachricht eine Einladung zur Teilnahme und füllten einen Online-Fragebogen aus.